

Nichtamtlicher Theil.

26. Verzeichniß

jener Beträge, welche von der Präsidialsection des k. k. Ministeriums des Aeußern für das unter dem höchsten Protectorate Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Ludwig Victor in Wien zu errichtende Legetthoff-Denkmal übernommen wurden.

Die k. k. Botschaft in Constantinopel übermittelte außer den in den früheren Verzei. nissen veröffentlichten 12,951 Francs noch nachträglich 8 fl. Silber.

Aus Czernowitz eingekendet: In Folge eines von einem Comité in Czernowitz veranstalteten Concertes 100 fl. — Summe 100 fl. und 8 fl. Silber.

Weitere Beiträge werden im k. k. Ministerium des Aeußern, Ballplatz Nr. 2, im 1. Stock, vom Director, kaiserl. Rath Anton Ludwig Seidl übernommen, quittirt und in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

Stimmen über die Ausgleichs-Berathungen.

Die an höchster Stelle im Zuge stehenden Berathungen über die böhmischen Ausgleichselaborate sind bis heute noch nicht spruchreif. Wir sind deshalb noch nicht in der Lage, Positives mitzutheilen und beschränken uns vorläufig darauf, jene Combinationen und Gerüchte zu erwägen, mit welchen sich der größte Theil der Blätter beschäftigt.

„Pesti Naplo“ sagt: „Die Ausgleichsverhandlungen wurden vom Anbeginn in der Weise geführt, daß heute die Czechen mit einem Lösungsvorschlage auftreten können, der nichts Anderes ist, als das unverhüllte Gestalt nach Uebermacht und Uebergewicht, und daß sie gleichwohl behaupten können, ein solch' hohes Maß von Concessionen gemacht zu haben, welches sie, ohne ihre nationale Existenz zu vernichten, nicht übersteigen können. So die Haltung der Czechen; und ein noch betrübenderes Schauspiel bieten die Deutschen. Heute wollen die Deutschen von einem Ausgleich absolut nichts mehr wissen.“

Der „Pester Lloyd“ berichtet: In den zahlreichen Ministerconferenzen in Wien, denen zum Theile der Kaiser präsierte, diehten sich die Berathungen formell um die Redaction des Rescriptes, materiell wurde das ganze czechische Elaborat discutirt. Die Solidarität Andraffy's mit dem gemeinsamen Ministerium ist andauernd und erstreckt sich auf die einzelnen Punkte. Das cisleithanische Cabinet ist weniger einig, da Holzgethan in den finanziellen Fragen seinen individuellen Standpunkt wagt und sogar bedeutende Schwankungen zeigt. Das Resultat des jüngstigen großen Kronrathes war, daß der Kaiser erklärte, sich seine Entschliebungen vorzubehalten. In den weiteren samstägigen Berathungen scheint man schließlich von beiden Seiten zur Aufstellung eines weiter nicht discutibaren Entwurfes, also Ultimatums, gekommen zu sein. Damit ist die Personenfrage gestellt und ein Compromiß undenkbar; in der Umgebung Hohenwart's scheint man jedoch noch an ein Compromiß zu glauben und ist bestrebt, die Wesenheit auf Kosten der Form zu retten. Die Wesenheit liegt im vorstehenden Reichsrathe, dessen Zustandebringung Hohenwart in bundigster Form zugesichert hat. Auch soll eine Instruktion an die auswärtigen Vertreter über die innere Situation vorbereitet werden.

Der „Pester Lloyd“ schreibt weiter: „Zunächst würden wir es für wünschenswerth halten, daß man von deutscher Seite — sobald nur das Princip der Verfassungsmäßigkeit unverfehrt aus dem Sturm gerettet ist — der Regierung hülreiche Hand biete, um in der Form so schonend und milde, als nur möglich, aufzutreten und nicht mehr, als eben unbedingt notwendig, die Empfindlichkeit der czechischen Nation zu verletzen. Wenn man heute wieder zu der Schroffheit eines Schmerling oder Biotra zurückkehren wollte, so hieße das den fehlerhaften Birkel wieder von vorne anfangen, es hieße nicht die Beunruhigung der Gemüther beschwichtigen, sondern sie nur von einer Stelle an die andere übertragen, hieße selbst den besonnenen Elementen in Böhmen jede Transaction unmöglich machen. Wenn die Deutschen morgen über ein, das verfassungsmäßige Princip wahrendes, aber sonst möglichst reservirt und rücksichtsvoll gehaltenes Rescript an den böhmischen Landtag wieder Zeter und Mordio schreien wollten, so würden sie dadurch die Sympathien, die heute noch voll und ungetheilt ihnen gehören, jedenfalls auf eine harte Probe stellen.“

Das „Vaterland“ meldet, daß die Vertreter der staatsrechtlichen Opposition, nachdem die Antwort auf die Fundamental-Artikel schon früher vereinbart war, auf keine Abänderungen des Antwort-Rescriptes einzugehen gesonnen seien. Sie müssen auf einer principiellen Anerkennung ihres Vorschlages und auf dem klaren Versprechen der Regierung, denselben im Reichsrathe durchzuführen, desto mehr bestehen, als sonst gar keine Garantien geboten werden. „Der Schwerpunkt der Situation liegt nur augenblicklich darin, daß Graf Hohenwart, seiner der staatsrechtlichen Opposition gegenüber übernommenen Verpflichtungen eingedenk, entschlossen ist, seine Demission einzureichen, falls das Rescript nicht derartig nihilist ist, daß es von den Vertrauensmännern der staatsrechtlichen Opposition angenommen werden kann. Graf Hohenwart hat, wie aus dieser Sachlage erhellt, in ehrenvoller Weise die Hoffnungen erfüllt, welche seitens der Patrioten Oesterreichs auf seine Weisheit und Festigkeit gesetzt worden sind. Er hat sich weder von den völlig unberechtigten Einwürfen des Grafen Andraffy, noch von dem Grafen Beust von dem geraden Wege ablenken lassen. Er wird halten, was er im Interesse des Ausgleichs, also im Interesse der Wohlfahrt and der Zukunft Oesterreichs versprochen hat, oder er wird die zweifelhafte Ehre, wieder à la Potocki im vorigen Jahre eine plötzliche Schwelung in zwölfter Stunde zu vollziehen, einem „gewandteren“ — Staatsmann überlassen.“

Nach dem „Wanderer“ haben die Minister-Conferenzen zwar zu einem „Beschlusse“ nicht geführt, aber doch „das Resultat“ gehabt, „daß die übertriebenen Forderungen der Czechen die Sanction des Monarchen nicht erhalten werden.“ Es unterliege jedoch kaum einem Zweifel, daß die Argumentationen sowohl der gemeinsamen als auch der ungarischen Minister, welche gegen die czechischen Forderungen in ihrem vollen Umfange ankämpften, „Sr. Majestät die Ueberzeugung verschafft haben dürften, daß ein Zuviel hier wie dort der Interessen und der Machtstellung des Staates nicht zuträglich sei.“ Jene Gerüchte, welche von einer neuen Krisis sprechen, greifen daher zum mindesten einem weiteren Entwicklungsstadium vor, dessen Eintreten selbst nur als eine Coeventualität angenommen werden kann. Das Rescript ging in seiner neuen Fassung aus den Berathungen im letzten Ministerrathe hervor und wird, nach den erneuten Vereinbarungen mit den czechischen Parteiführern, jedenfalls noch einmal dem Ministerrathe vorgelegt werden. Bis jetzt ist das noch nicht geschehen, und erst, wenn dann ein Einvernehmen nicht erzielt werden sollte könnte wohl von einer neuerlichen Wendung in der Ausgleichsfrage gesprochen werden.

Die „N. F. P.“ erzählt, Hohenwart wurde vom Kaiser beauftragt, im Rescripte die vom Reichsministerium geltend gemachten Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Hohenwart übernahm es, ein solches Rescript vorzulegen. Hiernach werde die Regierung wegen Vorlage der Fundamentalartikel im Reichsrath kein Versprechen abgeben. Ein Cabinetwechsel sei demgemäß jetzt nach keiner Seite zu erwarten.

Die „Presse“ meldet: „Es verlautet, in der Ministerconferenz vom 23. wurde der Wortlaut des an den böhmischen Landtag zu erlassenden Rescriptes festgestellt.“

„Reform“ nimmt die Nachricht, daß das Rescript an den czechischen Landtag nicht in die Details eingehen, sondern die Vorschläge zur Basis reichsräthlicher Verhandlungen annehmen werde, zum Ausgangspunkte ihrer Reflexionen. Auf solche Weise, meint das Blatt, sei allerdings die Personenfrage, keineswegs aber die Principienfrage gelöst, ja man könnte in diesem Falle sagen, Hohenwart habe doch den Sieg davon getragen, denn der Reichsrath werde an den czechischen Vorschlägen keine Aenderung vornehmen. Alles in Allem beschränke sich das Compromiß, wenn ein solches zu Stande gekommen, auf die Person, Beust bleibt und Hohenwart bleibt ebenfalls.

Das „Prager Abendblatt“ sagt, die Aussicht auf ein gedeihliches Fortschreiten der Ausgleichsaction wachse, und erklärt, „daß die Deutschen ihre Theilnahme an dem constitutionellen Werke mit nichtigen Ausflüchten nicht verweigern dürfen; daß die Verfassungspartei dem Ministerium gleich beim Beginn seiner Amtswirklichkeit ohne die mindesten Anhaltspunkte schroff entgegentrat, darum sei die Regierung einen selbständigen Weg gegangen, indem sie von der Zeit jene Verständigung erhoffte, die ein fanatischer Parteieifer von vornherein ausschließen wollte.“

Die „Prager Correspondenz“ schreibt: „Die Zuversicht im czechischen Lager wächst. Nach dem deutschsprachigen Czechenblatte hätte Graf Andraffy an den Fundamentalsagen die Quotirung der directen Steuern und die Neugestaltung des Herrenhauses mißbilligt. Zugleich hätte der ungarische Ministerpräsident gewünscht, daß außer Ungarn nur Galizien eine besondere Landwehr bewilligt erhalte. Glaubwürdig erscheint jedoch diesem Czechenblatte nur, daß Andraffy forderte: 1. Daß für die nachträgliche Anerkennung des böhmischen Ausgleiches eine Form gefunden werde, welche für das Eigenrecht Ungarns weniger präjudicial sei, als die Form ist, welche in den Fundamentalariteln gewählt ist; 2. daß für die Erneuerung des finanziellen Abkommens Ende 1877 dieselbe Form von zwei Contrahenten (Gesamtheit cisleithanien und Gesamttransleithanien) beibehalten werden müsse, in welcher das Abkommen ursprünglich (1867) getroffen worden ist. Das Blatt meint, an solchen Forderungen werde der Ausgleich nicht scheitern.“

Der „Petrof“ behauptet, der Kaiser berücksichtige nur die Einwendungen Andraffy's, nicht diejenigen Beust's. Bei Ausarbeitung eines neuen Rescriptes seitens Hohenwart's betonte dieser, daß er nur diejenigen Aenderungen des ursprünglichen Entwurfes acceptiren könne, die den Führern des böhmischen Landtags genehm sind. Sämmtliche Minister, ausgenommen Holzgethan, traten dieser Erklärung bei, welche durch ein gemeinsames Demissionsgesuch unterstützt wurde. Der Kaiser nahm die Demission nicht an, besteht vielmehr auf Durchführung des Ausgleichs, und zwar mit dem gegenwärtigen Ministerium. Ueber die Berufung der Czechenführer nach Wien sagt der „Petrof“: „Diese Vertrauensmänner werden zweifelsohne sagen: Die Vertreter Böhmens wollen in keine Abänderung einwilligen und wünschen die Verantwortung der Adresse, wie solche vorher berathen wurde. Solche Entschiedenheit überrascht wohl das Ministerium nicht, und es legt, ihr gemäß, dem Monarchen eine Antwort vor, die den den Czechen gegebenen Zusagen entspricht und den Vertrauensmännern Czechiens genehm ist. Wie der Erfolg eines solchen Schrittes ausfällt, ist uns unbekannt und nach dem Geschehenen gleichgiltig.“

Die „Politik“ enthält Folgendes: „Andraffy habe zwei Bedenken erhoben: Czechiens müsse für die nachträgliche Anerkennung des Ausgleichs vom Jahre 1867 eine Form gefunden werden, welche rucksichtlich der ungarischen Staatsverfassung gar kein Präjuoz schaffe, und zweitens müsse für die Erneuerung des finanziellen Abkommens mit Jahreschluß 1877 dieselbe Form, nämlich von zwei Contrahenten (Gesamt-Cisleithanien und Gesamt-Transleithanien) beibehalten werden, wie dies ursprünglich der Fall gewesen. Weitere Bedenken habe das Quotenverhältniß und die Umgestaltung des Herrenhauses hervorgerufen. Das Ministerium hatte sich allen diesen Punkten gegenüber treu an das gegebene Wort.“

„Bohemia“ sagt: „Die Differenz besteht fort. Es ist noch keine Entscheidung getroffen worden.“

Die „Gazeta Narodowa“ constatirt, daß die principielle Opposition gegen den Ausgleich im Kronrath keinen Vertreter gefunden habe, obwohl die Partei der Verfassungsreunde zuversichtlich erwartet habe, daß Graf Beust diese Rolle übernehmen werde. Dieser aber habe, die Erfolglosigkeit einer solchen Opposition voraussehend, die Nothwendigkeit des Ausgleiches anerkannt, und nur einige Artikel des böhmischen Entwurfes (Gesetzgebung über die Steuern und die Militärgerichtsbarkeit) bekämpft. Auch die ungarischen Staatsmänner seien im Principe nicht gegen den Ausgleich gewesen, sie hatten nur Garantien verlangt, daß in dem neuorganisirten Oesterreich nur die Repräsentation von ganz Cisleithanien (nicht etwa auch die Böhmen selbständig) das Recht haben werde, über gemeinsame Angelegenheiten, wie namentlich über die im Jahre 1877 bevorstehende Erneuerung des Finanz- und Handelsvertrages mit Ungarn, zu verhandeln. Dagegen wird vom „Kraj“ anerkannt, daß die principielle Opposition an der gesamten deutschen Presse einen ersten Wirten gefunden habe. Den Grund dieser Erscheinung sucht das Blatt darin, daß man in Deutschland in der Kräftigung des slavischen Elementes ein Hinderniß für das neue Kaiserreich sehe, sich im Osten bis an seine ehemaligen Grenzen auszubreiten.

Die „Wiener Abendpost“ tritt all' diesen von uns reproducirten publicistischen Combinationen und Gerüchten, die jedweder officiellen Grundlage entbehren,

in ihrem Tagesberichte vom 24. d. entgegen. Letzterer lautet: „Mehrere Organe der hiesigen Presse, welche sich täglich eifrig bemühen, der Situation neue Gesichtspunkte abzugewinnen, begeben sich heute in der Discussion der Modalitäten, unter denen die Beantwortung der Adresse des böhmischen Landtages stattfinden soll, auf ein Gebiet, auf das wir von unserem Standpunkte nicht folgen können. Für uns sind und bleiben, nicht nur nach publicistischer Sitte, die Entscheidungen der Krone, so lange sie eben nicht erlossen sind, und discutierbar. Allein eine zweite Auslegung, der wir heute gleichfalls begegnen, soll nicht ohne Erwiderung bleiben. Man glaubt den Umstand, daß die Regierung ihre Verhandlungen mit den Führern der staatsrechtlichen Opposition in der jetzigen entscheidenden Phase wieder aufgenommen hat, derart deuten zu sollen, als würde sich die Regierung dieser Opposition „unterwerfen.“ Solche Ansichten können nur Jene hegen, welche das Wahre einer Ausgleichsaction verkennen. Letzteres besteht doch darin, daß die pactirenden Theile bei jedem wichtigen Anlasse die gegenseitige Verständigung im Wege des persönlichen Contactes zu fördern suchen. Ein solcher modus procedendi ist ein selbstverständlicher; er ist weder eine „Unterwürfigkeit,“ noch entspringt er dem „Gefühle der Furcht,“ setzt Schwäche voraus; diese aber hat keiner der bisherigen Schritte der Regierung verrathen. Wollte man aber die Umficht der Regierung, den mühsam gesponnenen Unterhandlungsfaden nicht abreißen zu lassen, das Werk des inneren Friedens unter Vervollständigung des Reichsrathes zu vollenden, ihr als „Schwäche“ anrechnen, dann — glauben wir — wird die Regierung diesen Vorwurf mit allen Jenen theilen, die sich — wie sie — zur ersten Aufgabe gestellt haben, die obwaltenden Gegensätze zu vermitteln und die Hindernisse zu beseitigen, welche die Entwicklung des Staatswesens erschweren. Die Regierung erkennt eben in der Herstellung des inneren Friedens und in der Erhaltung des constitutionellen Lebens eine Staatsnothwendigkeit, der sie bisher all ihre Kräfte gewidmet hat und für die sie einzustehen entschlossen ist.

Gegenüber der vielfach aufgeworfenen Frage, warum die Regierung in ihrer Bewähung, einen befriedigenden Ausgleich in den Wünschen und Aspirationen der verschiedenen Provinzen und Länder herbeizuführen, sich nicht auch an die Verfassungspartei gewendet, glaubt das „Prager Abendblatt“ an die schroffe Weise erinnern zu sollen, in der sich diese Partei im Parlamente wie in allen ihren Organen dem Ministerium gleich in den ersten Tagen seiner Amtswirksamkeit entgegenstellte und, ohne auch nur die mindesten Anhaltspunkte zu haben, die schwersten Anklagen gegen dasselbe schleuderte. Wenn nach solchen Vorgängen, die sich bis zum Budgetverweigerungs-Antrage steigerten, die Regierung selbständig ihren Weg gegangen sei und von der Zeit Verständigung erhoffte, dann habe sie einfach so gehandelt, wie es ihr die Verhältnisse naturnothwendig vorzeichneten. Die Verfassungspartei könne heute aus den Consequenzen ihrer eigenen Haltung nicht Angriffswaffen gegen die Regierung schmieden wollen; es wäre die Wiederholung eines schon begangenen Fehlers und die Verewigung eines unfruchtbaren Haders in einem Augenblicke, in welchem die Regierung alle Parteien auffordert, sich auf verfassungsmäßigem Boden für das Zusammenwirken aller Stämme zu einigen. „Wir können nur Wünschen — schließt das genannte Blatt — daß die „Verfassungs-

partei“ die Bedeutung dieses Momentes für sie erfasse und der Appell, den wir an sie erneuert richten, in ihren Kreisen ein ehrliches, loyales Echo finde.“

Passive Assistenz.

Die Ansichten der sogenannten Verfassungspartei erfahren nicht nur in Blättern slavischer Zunge sach- und fachgemäße Widerlegung, sondern es findet auch „Warrens' deutsche Wochenschrift für Politik und Volkswirtschaft“ wiederholt Anlaß, die neueste Doctrin der Verfassungspartei: „Ueber passive Assistenz,“ zu bekämpfen, indem sie sich also vernehmen läßt:

„Als habe es die Verfassungspartei darauf abgesehen, die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände in Oesterreich so schwierig als möglich zu machen, so hat sie jetzt die Doctrin aufgestellt, daß eine Minorität in einem Parlamente der Majorität nur eine passive Assistenz leistet. Gleichzeitig hat die Verfassungspartei proclamiert, daß eine Minorität thöricht wäre, wenn sie sich zu einem solchen Beistande herbeiläße, und es daher viel gerathener sei, sich unter dem einen Vorwande oder dem anderen vom Parlamente fern zu halten. Ist der Wille einmal da, seine parlamentarische Schuldigkeit nicht zu erfüllen, so braucht der Vorwand hierzu nicht lange gesucht zu werden. Man braucht bloß auf die Minoritäten in Kain und Oberösterreich hinzublicken und auf die freivolten Vorwände, unter welchen sie sich aus den Landtagsstuben fernhielten, um dessen inne zu werden, daß jede Partei zu jeder Zeit irgend etwas Wahres, halb Wahres oder gänzlich Erfundenes finden kann, das ihre parlamentarische Desertion rechtfertigen oder entschuldigen dürfte. Nun gibt es aber keinen Auspruch, der so irrtümlich ist als dieser, daß die parlamentarische Desposition der Majorität eine passive Assistenz leistet. Erstens ist eine parlamentarische Minderheit niemals passiv, sondern es ist ihre Pflicht und Schuldigkeit, durch die Debatte in einer Weise, welche den Entfernsten zur Kenntniß gelangt, ihre Mißbilligung der Politik der Majorität zu bekunden. Sie leistet also nicht Beihilfe, sondern Widerstand. Und dieser Widerstand wird darum ein um so nachhaltigerer und kräftigerer, als er fortwährend auf alle Parlamentsmitglieder und alle Bürger des Staates einwirkt. Das Wesen des Parlamentarismus beruht auf der öffentlichen Discussion und die Discussion hat wieder zur Folge, daß die Meinungen sich fortwährend klären, läutern und ändern. Die Debatte bildet das Mittel, mittelst welchem die Minoritäten sich im Laufe längerer oder kürzerer Zeit zu Majoritäten umgestalten. Wird diese Wahrheit nicht erkannt, so ist die parlamentarische Verfassung die schlechteste, welche man auszuküßeln vermöchte. Die Majorität, welche ohne Controle, ohne Widerstand, ohne Kritik und ohne Kampf Alles nach ihrem eigenen Willen zu decretiren vermöchte, würde bald einen despotischen Charakter annehmen, während die Minderheit, auf legitimen Widerstand verzichtend, zu illegitimen Mitteln, ja vielleicht zu revolutionären greifen würde, um ihr Dasein zu bekunden. Eine solche Enthaltung hätte nur zur Folge, daß auf der einen Seite eine legale Gewaltthätigkeit sich kundgäbe, welche auf der anderen Seite nur auf einen illegalen Widerstand stieße. Der aufgklärte Absolutismus wäre gegen eine solche Regierungsform ein unleugbarer und schöner Fortschritt. Indem die sogenannte Verfassungspartei von der Minorität im Par-

lamente behauptet, daß sie nur zur passiven Assistenz da sei, während sie thatsächlich zum activen Widerstand berufen ist, so verfehlt sie dem Wesen des Parlamentarismus ein tödtlichen Stoß. Für den Moment mag die Unwahrheit, welche in den Worten „passive Assistenz“ ausgesprochen ist, einem Parteizwecke dienen, aber nur auf Kosten einer dauernden Prosperität verfassungsmäßiger Zustände. Die schlechte Waffe, welche geschwungen wird, ist eine zweischneidige, die vielleicht morgen gegen Diejenigen geübt wird, welche sie heute noch gegen Andere anwenden.“

Gegen den deutschen Reichskriegsschatz.

In einzelnen deutschen Blättern werden schüchterne Versuche gemacht, das 40-Millionen-Project zu bekämpfen. Die „Elberf. Ztg.“ bezeichnet den betreffenden Gesetzentwurf als einen evidenten „Finanzfehler.“ Sie bedauert, daß Diejenigen, die etwa den Muth haben würden, im Reichstage ein Wort dagegen zu sprechen, im Hinblick auf den Krieg von 1870 und 1871 einen schweren Stand haben werden, fährt dann aber fort: „Dennoch ist die Deponirung von 40 Millionen baren Geldes gerade jetzt falscher als je. Handelt es sich wirklich um aufgezwungene und populäre Kriege, wie den vorjährigen, dann hat die Reichsvertretung gezeigt, wie schnell und willig sie in Vereinstellung der Mittel ist, und in den Schatzanweisungen ist eine Anleiheform gegeben, welche jeder Zeit und mit um so größerem Erfolge anzuwenden ist, je weniger Schulden und Steuern ein Staat hat, je ungeschwächter sein Credit ist. Fehlt aber die Voraussetzung eines solchen nationalen Krieges, wie es der vorjährige war, dann darf die Reichsvertretung durchaus nicht in voraus die Mittel zu dessen Beginn bereit stellen, ja eine wirklich constitutionelle Regierung dürfte sie aus politischen und finanziellen Gründen und wegen der Ungewißheit über ihre Nachfolger nicht einmal fordern. Sie stärkt damit bloß die Militärpartei zum Nachtheil aller übrigen Verwaltungen. Mit den Ueberlieferungen vom preussischen Staatsschatz, der bis zu seinem nunmehr hoffentlich seligen Ende gesetzlich niemals ein Kriegsschatz gewesen und auch niemals bloß ausschließlich zu Kriegszwecken bestimmt war, ist viel Ueberschwenglichkeit getrieben, es ist viel Schein dabei, darum ist auch seine Nachtheiligkeit nie recht in voller Stärke zum Bewußtsein gekommen, und in die heutigen Creditverhältnisse paßt ein Kriegsschatz ganz und gar nicht mehr. In den Motiven zur Gesetvorlage wird er eine Ergänzung zur allgemeinen Wehrpflicht genannt, da wir nach der Thronrede aber eben eine neue Friedensperiode inauguriren, so wird auch dieser Grund hinwiegend. Die süddeutschen Staaten waren nach dem Grad ihrer militärischen Einrichtungen ohne Kriegsschatz im vorigen Sommer so schnell auf dem Platz als Norddeutschland.“

Statt hier weiter die Gründe gegen den Reichskriegsschatz auszuführen, kann eine Autorität dafür eintreten. Der frühere Professor der Cameralwissenschaften in Breslau und Regierungsrath a. D., Bergius, hat von seinem verdienten und viel anerkannten Werk: „Grundsätze der Finanzwissenschaft“ soeben eine zweite, sehr verbesserte und vermehrte Auflage erscheinen lassen, in welcher er den Staatsschatz und die unsandirten Schulden nach seinen bewährten Lehren und den neuesten Erfahrungen bearbeitet hat. Unter Berufung auf andere

Seuiffelon.

Riechwerk und Salben.

Der Gebrauch wohlriechender Sachen findet sich schon in den ältesten Zeiten; er war von Moses gleichsam durch das Gesetz geheiligt, denn Weihrauch duftete nur vor dem Altar des Ewigen und der Hohenpriester allein salbte sich mit aromatischem Oele, zu welchem Indien und Afrika ihre Erzeugnisse hergeben mußten.

Berühmt wegen Verschwendung wohlriechender Sachen, Salben und Specereien, waren die Höfe von Persien und Babylon; es waren daselbst ordentliche Beamte zur Bedienung der königlichen Nase angestellt. Gab es ein Fest, so wurde den Gästen das Haupt mit Blumenkränzen umwunden, über welche man obendrein die köstlichsten Essenzen ausgoß.

Einmal wollte Artaxerges dem Gesandten der Spartaner, Antalcidas, einen recht ausgezeichneten Beweis seiner Achtung geben: er löste sich den Blumenkranz, welchen er trug, vom Haupte, besprengte ihn mit königlichem Leibbalsam und sandte ihn dem mannhafte Spartaner, der vielleicht gar nicht wußte, was er damit machen sollte. Einige Jahrhunderte später ging diese Sitte auf die Liebesverhältnisse bei Griechen und Römern über. Es war eine besondere Gunst, von Frauen Kränze zu erhalten, welche sie selbst getragen hatten. Martial führt bittere Klage über sein Liebchen, weil es ihm nur frischgepflückte Rosen geschickt habe: „A te vexatas maloteneras rosas!“ Zu Deutsch:

Die Rosen sind zwar schön gefüllt,
Doch aber nicht von Dir zerknüllt!

Auf die Perser zurückzukommen, so hat Plinius darin Unrecht, wenn er meint, die persischen Gesichtss-

schreiber hätten vor Darius Codomanus von Salben und Riechwerk gar nicht geredet. Nach Herodot schickte schon Cambyses dem König von Aethiopien unter andern Geschenken auch ein Fläschchen mit kostbarem Balsam. Ja selbst die Bibel wirft einiges Licht auf den Handel der Westasiaten mit den Indern, worunter offenbar der Handel mit Specereien und Salben begriffen ist. Die Karavane, welche zur Zeit des Patriarchen Jakob von Gilead nach Egypten zogen, führten Waaren, die unmöglich Gilead'sche Erzeugnisse sein konnten. Und warum sollte Salomo mitten in der Wüste die prächtige Stadt Tadmor oder Palmyra erbaut haben? Ein Blick auf die Karte verräth, daß die Lage von Gilead und Palmyra einen Karavananweg anzeigt, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach bis an den persischen Meerbusen führte, wo ehemals die Stadt Gherra der Markt des ganzen Morgenlandes war, wie es heutzutage Bassora ist. Egypten empfing damals die Specereien des Orients noch aus den Händen der Sabäer, welche vorzugsweise durch diesen Handel zu jenem üppigen Wohlstande gelangten, von dem die Alten nicht Wunder genug zu erzählen wissen.

Eine der ältesten und vielleicht auch die künstlichste Art zu parfümiren, war das Einbalsamiren der Leichname. Man findet die Spuren dieser Kunst von Egypten bis zu den canarischen Inseln und auf der andern Seite bis Otaheiti, ja selbst auf den nordwestlichen Küsten Amerika's. Die Römer waren noch ein armes Volk, als sie bereits bei ihren Leichenbegängnissen eine solche Menge von Salben und Räucherwerk vergeudeten, daß in den „zweölf Tafeln“ ausdrückliche Verbote dagegen gegeben werden mußten. Unter den Kaisern überstieg der Aufwand in dieser Art alle Begriffe. So ließ Nero bei dem Begräbniß der Popäa eine größere Masse Weihrauch anzünden, als in der Regel für den jährlichen

Verbrauch des ganzen Reichs, d. h. fast der ganzen bekannten Welt, aus Arabien eingeführt wurde; und wenn Juvenal einen Herrn von der neuesten Mode bezeichnen wollte, sagte er: „er duftete mehr Wohlgeruch aus, als zwei Leichenbegängnisse zusammengenommen.“

Und doch stritten sich der Gott der Freude und die Göttin der Liebe mit den Göttern der Unterwelt um diese Opfer voll süßen Geruchs! Gab doch selbst Venus den Damen in Griechenland und in Rom das glänzendste Beispiel; kein Wunder also, daß ihre Toiletten in allen nur erdenklichen Wohlgerüchen schwammen. Kriton, der Leibarzt der Kaiserin Plautina, hat in seiner Abhandlung „über die Toilette“ fünfundsanzig wohlriechende Wasser beschrieben, von welchen uns aber unglücklicherweise nur die Namen geblieben sind.

Die Kunstblumen, welche man schon damals den natürlichen vorzog, waren mit Narden- und Costuswasser besprengt; auch gab es äthiopische und indische Sklavinnen, die durch den Hauch ihres Mundes einen künstlichen Thau voll Wohlgeruch über alle Haare des Hauptes der Domina auszugießen verstanden. Wo ist aber heutzutage diese Kunst? Sie ist längst gestorben! — Und wie süß war damals eine Dame von Welt gebettet! Sie ruhte nur auf Mouffelin, geschwängert von Wohlgerüchen, die, nach Martial, aus Indien durch Egypten gekommen waren.

Ueberhaupt gab die Verschwendung mancher Frauen in Rom den Satirikern vollauf zu thun. Martial redet von „wandelnden Buden mit Riechwerk“ und Lucian sagt irgendwo von einer Schönen: „ihre Haupt duftete das ganze Hinter-Arabien aus.“ — Man konnte, wie aus erotischen Dichtungen zu ersehen ist, einer Dame kein angenehmeres und zugleich kostbareres Geschenk geben, als ein paar Tiegelnchen mit Narden, und Juvenal läßt

Cameralisten und Lehrer der Volkswirtschaft kommt er zu dem Schlusse: „Hiernach möchten sich wohl kaum Fälle denken lassen, wo in einem Staate, der Credit genießt, ein Staatschatz wirtschaftlich sein kann. Und in einem Staate, welcher keinen Credit genießt, weil er keinen verdient, wird ein Staatschatz auch schwerlich gesammelt werden.“ Einen Staatschatz neben schwebenden Schulden und Staatsgeld-Instituten, wie die Bank und die Seehandlung (erstere soll bekanntlich in eine Reichsbank umgewandelt werden, und ohne Bedenken würde die preussische Regierung die Seehandlung Reichszwecken dienstbar machen), hält Bergius ganz mit Recht für eine finanzielle Superfluität der Verwaltung, neben welcher ein constitutionelles Recht nicht bestehen kann. Er schließt seine Betrachtung mit den Worten, die auch hier der passendste Schluß sind: „Ich halte es für das räthlichste, was von dem Staatschatze etwa noch vorhanden ist, ohne Verzug zur Abtragung von Staatsschulden zu verwenden und dadurch die Steuern um so viel als es möglich wird, dauernd zu vermindern. Damit würde auch der Staatscredit erhöht werden. Denn ein Land mit einem Schatz, vielen Schulden und Garantien und schweren Steuern verdient und genießt weniger Credit, als ein Land, welches keinen Schatz, aber wenig Schulden und leichte und gerecht vertheilte Steuern hat.“

Ungeachtet dieser Gegenstimmen hat das Project der Gründung eines deutschen Reichskriegsschatzes einige Aussicht auf Annahme im Reichstage.

Politische Uebersicht.

Laibach, 25. October.

Der „Wanderer“ meldet: Angesichts vielfacher, im Landtage von Galizien eingebrachter Petitionen zu Gunsten des ungestörten Aufenthaltes der polnischen Emigranten in Galizien, ertheilte die russische Regierung die Bewilligung, wonach nicht schwer compromittirte polnische Flüchtlinge, welche sich bei einer Gesandtschaft oder der Statthalterei Warschau anmelden, nach Rußland zurückkehren dürfen.

Aus Würtemberg wird berichtet, daß die dortigen militärischen Kreise durch die Ankunft des preussischen Generals Wittus zur Uebernahme des Commando's der würtembergischen Reiterei, überrascht wurden, da selbst die Stabsofficiere keine Kunde von dieser Verlegung gehabt haben sollen.

Ueber die Aufgabe der in Frankfurt stattfindenden Nachconferenzen zwischen Bevollmächtigten Deutschlands und Frankreichs wird der „Frankfurter Ztg.“ berichtet: „Die in Berlin zwischen dem Fürsten-Reichskanzler und dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier geführten Verhandlungen scheinen die Ausgaben der in Frankfurt stattfindenden Nachconferenz erheblich vermindert zu haben. Man glaubt, daß der Schluß der Conferenzen noch im Laufe dieses Monats stattfinden wird. Es handelt sich nur noch um Erledigung untergeordneter Angelegenheiten und die Redaction des definitiven Friedensvertrages dürfte noch allein die Hauptaufgabe der Conferenzen bilden.“

Nach Mittheilungen des „Journal des Débats“ beschäftigt sich die französische Regierung lebhaft mit der Gelofrisis, welche augenblicklich in Paris herrscht. „Der Finanzminister, davon in Kenntniß gesetzt, daß seit zwei oder drei Tagen in den Centralhallen wie im Pariser Handelsverkehr sich große Schwierigkeiten erhoben haben in Folge des Mangels an kleiner Silbermünze, hat beschlossen, alle Maßregeln zu treffen, um

dieser Krisis abzuwehren. Die Bank von Frankreich hat keinen Augenblick angestanden, etwa 50 Millionen solcher Silberscheidemünze in Circulation zu setzen, um auf diese Weise den Umsatz des Kleinhandels zu erleichtern. Große Verwaltungen, welche ihren Kassieren Ordre gegeben hatten, Bankbilletts nicht anzunehmen, sind aufgefordert worden, sich in dieser Beziehung weniger schwerfällig zu zeigen, als dies während der beiden letzten Tage geschehen; um so mehr, als ja die Bankbilletts Zwangscurs genießen.“

Anläßlich der Session der Generalräthe der einzelnen Departements Frankreich's veröffentlicht das „Journal officiel“ ein von Colmon, dem Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern, unterzeichnetes Rundschreiben über die Modificationen, welche das Gesetz vom 10. August in Betreff der Attribute und der Competenz der alten Generalräthe und der Permanenz-Commission angeführt hat. Wir heben daraus die Bestimmungen bezüglich der Kosten des Elementar-Unterrichtes hervor. Herr Colmon erinnert daran, daß die Generalräthe das Recht haben, den Ueberschuß der Percentualzuschläge zu den directen Steuern zu anderen Gemeindefwecken zu verwenden, man dürfe jedoch nicht außer Acht lassen, daß, wenn das Gesetz einmal votirt sei, dasselbe keine Abänderung mehr zulasse. Es sei deshalb zu wünschen, daß die für den Elementar-Unterricht bestimmten Beträge demselben unbedingt erhalten bleiben. Das Rundschreiben erklärt weiter die wahre Natur und Tragweite der „Wünsche“ der Generalräthe. Diese Wünsche können sich wohl auf die Legislation, die Administration und den Staatshaushalt beziehen, dürfen aber niemals das eigentliche politische Gebiet überschreiten, wenn sie nicht ipso facto unberücksichtigt bleiben sollen.

Das „Journal de Bruxelles“ schreibt: „Die Intimen Pouyer-Quertier's sprechen von vertraulichen Beziehungen, die während dessen Aufenthalt in Berlin zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck sich geknüpft hätten. Der französische Minister soll versprochen haben, eine Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und Herrn Thiers zu vermitteln. Herr v. Bismarck hätte zu verstehen gegeben, daß er nicht abgeneigt sei, einige Modificationen am Frankfurter Vertrag vorzunehmen auf folgender Basis: Frankreich tritt an Deutschland eine seiner Colonien ab, und Deutschland gibt dagegen Metz und Französisch-Lothringen an Frankreich zurück.“

Der „Français“ meldet unter Vorbehalt das Gerücht, welchem zufolge Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland über die Zahlung der fünften halben Milliarde im Zuge sein sollen. — Der „Daily News“ zufolge wäre ein Gesandter des heiligen Stuhles am 20. d. vom Kaiser Wilhelm in geheimer Audienz empfangen worden und hätte den Kaiser befragt, ob Deutschland Einwendungen gegen die eventuelle Eröffnung eines Conclave in Frankreich erheben würde.

Die Londoner Blätter fahren fort, den Abschluß der französisch-deutschen Convention eingehend, durchschnittlich sehr zustimmend lautenden Besprechungen zu unterziehen. So erblicken „Morning Post“ und „Daily News“ in dem Uebereinkommen nicht allein den Ausdruck der Gerechtigkeit und Rücksicht, sondern auch den des Vertrauens seitens der deutschen Regierung, die von den Männern, in deren Händen jetzt die Leitung Frankreichs liegt, mit Zuversicht die Einhaltung aller übernommenen Verpflichtungen erwartet.

„Standard“ zollt ebenfalls dem Vorgehen der deut-

schon Regierung volle Anerkennung und beglückwünscht Frankreich zu dem eben abgeschlossenen Handel, weil dasselbe jetzt weit eher im Stande sei, die Indemnität im voraus abzuführen, als wenn es sich erst im Mai nächsten Jahres darum gehandelt hätte, die Räumung der sechs Departements zu erwirken.

In einer Rede, die Lord Granville, der Minister für auswärtige Angelegenheiten, bei einem Banket des Reformclubs gehalten hat, wurde zunächst betont, daß Englands Ehre und Würde nach Außen immer aufrecht gehalten wurden, worauf der Redner mit besonderem Nachdruck bei den freundlichen Beziehungen verweilte, die jetzt zwischen England und den Vereinigten Staaten obwalten; der Washingtoner Vertrag lasse das Beste für die Zukunft hoffen, und jetzt schon unterstütze England einerseits Chicago, als ob dieses im eigenen Lande läge, während Amerika andererseits der englischen Regierung freundliche Hand reichte, als neuerdings die Gerüchte über einen beabsichtigten Fenier-Einfall nach Canada in Umlauf gesetzt wurden.

Die „Correspondencia“ berichtet, die Carlisten hätten den Befehl erhalten, bereit zu sein, sich beim ersten Zeichen zu erheben. Das Zeichen soll von der in Biarritz im Eiderständnisse mit Don Carlos functionirenden Junta gegeben werden.

Tagesneuigkeiten.

— (Hofnachricht.) Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien sind nach dreitägigem Aufenthalte von Venedig nach Mailand abgereist.

— (Zum Gesetze zur Verhütung von Dampfkessel-Explosionen.) Durch das Gesetz vom 7. Juli l. J. betreffend die Erprobung und periodische Untersuchung der Dampfkessel und durch die in Vollzug dieses Gesetzes erlassene Verordnung der Ministerien des Handels und des Innern vom selben Tage über die Sicherheitsvorschriften zur Verhütung von Dampfkessel-Explosionen (R. G. Bl. Nr. 112 und 113) sind für die Erprobung und Ueberwachung der Dampfkessel neue von den bisherigen Vorschriften wesentlich abweichende Normen gegeben worden, welche mit 12. Jänner 1872 in Wirksamkeit treten werden. Um diesen neuen gesetzlichen Bestimmungen allgemeine Verbreitung zu verschaffen und dieselben den Interessenten im billigen Wege zugänglich zu machen, hat die Direction der k. k. Hof- und Staatsdruckerei, über Anregung des k. k. Handelsministeriums, eine handsame Ausgabe des Gesetzes und der Ministerialverordnung vom 7. Juli d. J. so wie der vom Handelsministerium zu diesen Gesetzen erlassenen Vollzugsvorschrift veranstaltet, welche im Verlage der Hof- und Staatsdruckerei (Singerstraße Nr. 26) um den Preis von 12 Nkr. für ein Exemplar zu haben ist.

— (Militärstatistisches.) Nach statistischen Zusammenstellungen beläuft sich der Stand der Officiere in der k. und k. österreichisch-ungarischen Armee im Frieden auf 12.850, im Kriege auf 20.500; 276 Officiere entfallen auf den Generalstab. Das Verhältnis der Stabsofficiere zu den Subalternofficieren stellt sich so dar, daß bei der Infanterie auf ungefähr 10, der Cavallerie auf 11, bei der Artillerie auf 13 Subalternofficiere je 1 Stabsoffizier kommt, während bei der Infanterie auf 24 Mann, bei der Cavallerie auf 21 Mann je ein Subalternoffizier, bei der Artillerie auf zwei Geschütze 3 Subalternofficiere entfallen. Außerdem kommen im österreichisch-ungarischen Heere auf 320 Mann ein Arzt, auf 1000 Mann im Kriege ein Intendantenbeamter. — Von pensionirten Officieren, Militärparteien und Beamten domiciliren in Graz: 4 Feldzeugmeister, 23 Feldmarschall-Lieutenants, 1 Viceadmiral, 35 Generalmajore, 76 Oberste, 51 Oberlieutenants, 129 Majore, 180 Hauptleute, 39 Rittmeister, 49 Oberlieutenants und 45 Lieutenants, 3 Militärgeistliche, 42 Kriegskommissäre verschiedener Grade, 5 Militärverpflegskommissäre, 16 Auditore verschiedener Grade, 27 Militärärzte verschiedener Grade, 3 Truppenrechnungsführer, 63 Militärbeamte der verschiedenen Branchen, 18 pensionirte Officiere ohne Militärcharakter. Die mit Officierscharakter quittirten Officiere sind unter den pensionirten Officieren nicht eingerechnet.

— (Die Stadt Hall) in Tirol ist am 20. d. von einem Brandunglück heimgesucht worden. Der Windstille und der allseitigen Hilfe der vereint mit der Haller Löschmannschaft arbeitenden Spritzenbedienung ist es zu verdanken, daß der untere Theil der Stadt nicht ein Schutt- und Trümmerhaufen ist. Ein wehender Sirocco würde die Hälfte der armen Stadt unersetzbar vernichtet haben.

— (Die Anhänger Miletic's) haben trotz des Verbois eine Demonstration bei der Ankunft Miletic's in Neusatz veranstaltet, so daß nicht nur die Polizei, sondern auch das 6. Honved-Bataillon anrücken mußte. Die Demonstranten begaben sich in das Gasthaus „Sokol“, und als sie von dort verjagt wurden, zerstreuten sie sich in verschiedene Schänken. Zu Thätlichkeiten kam es glücklicherweise nicht.

— (Heilung von Krebschäden.) Die „Chicago Tribune“ erzählt einen Fall einer Heilung eines Krebschadens durch Gundurango, wo der Leidende nach zweiwöchentlicher Behandlung mit dem Heilmittel Symptome von Verblutung zeigte; als jedoch das Krebsgeschwür durch eine Operation entfernt worden war, zeigte es sich, daß durch das Gundurango eine förmliche Separation zwischen dem kranken und gesunden Theil des Fleisches stattgefunden hatte.

Männer und Liebhaber bei dem Worte „Narden“ in Angst und Zittern gerathen, weil sie, was diesen Namen führe, mit Pfunden Goldes erkaufen mußten. Ohne Zweifel waren die wohlriechenden Sachen wohlfeiler zu haben, mit denen die jungen Herren ihres Liebchens Thür besprengten, wenn sie Ständchen brachten, Libationen davor anstellten und die verweilten Sträuße und Kränze daran hängten, welche sie getragen.

Selbst Ausdrücke der Zärtlichkeit und Liebfosung haben die Dichter von wohlriechenden Sachen entlehnt, welche uns ein wenig lächerlich vorkommen. „Du meine Salbe!“ „Du mein Riechkerzchen!“ läßt Bion die Venus zum Adonis sagen. Und in dem burlesken Monologe, in welchem bei Plautus ein altes, im Dunkeln tappendes Weib ihre Weinflasche sucht und ihr zugleich die zärtlichsten Dinge sagt, hören wir in einem Athem fort: „Mein Herzchen! Mein Nöschen! Mein Tiegelchen! Mein Zimmetchen! Mein Wyrerchen!“ x.

Jedoch fand dieser so allgemein verbreitete Gebrauch wohlriechender Sachen an manchem ernstern Griechen und Römer sehr strenge Tadler und Richter. Die Lakedaemnier nämlich verbrannten alle Parfümeurs, weil sie die Gottesgabe des Oels ohne allen Nutzen verthäten. Der gute Plutarch hält sogar den Thieren eine Lobrede, weil sie sich nicht parfümirten, er hätte sie freilich eben so gut loben können, weil sie Thiere wären. Seneca läßt sich die Gelegenheit zu einer Antithese nicht entgehen; er nennt den Gebrauch von Riechwerk und Salben „die schmutzigste Zierlichkeit:“ immundissimae munditiae. Der Consul Cicero wirft seinem Collegen Piso mit Bitterkeit vor, daß er das Haar in künstlichen Locken trage und es mit duftendem Oel übergeschwemme: „madentes cinnorum simbriae.“

Valerius Maximus erzählt, zur Zeit der Proscriptionen durch die Triumvire sei ein vornehmer Römer, den die Diener in einer Hütte verborgen hätten, durch die Düste, die von ihm ausströmten, entdeckt worden, und so ward denn — sagt der Erzähler hinzu — das allgemeine Mitleiden, welches sein trauriges Schicksal anfangs erregt hatte, in Gelächter und Spott verkehrt. Der Kaiser Vespasian setzte sogar einmal einen Offizier ab, weil er ihm zu parfümirte roch. „Es wäre mir lieber, Du hättest nach Knoblauch gestunken!“ jagte er ihm dabei. Die römischen Soldaten aßen nämlich viel Knoblauch.

Aber Consule, Kaiser und Philosophen widersetzten sich vergeblich dem herrschenden Geschmack der Menge. Hatten ihn doch auf der anderen Seite Aristipp, Anakreon, Horaz, ja selbst Hippocrates empfohlen und schien doch unter so heißem Himmel das Parfümiren recht eigentlich Lebensbedürfnis zu sein. Daher keine Gesellschaft, keine Mahlzeit ohne Blumen und Wohlgerüche. In den Sälen Sträuße und Kränze; in den Nischen, auf jeder Brüstung duftende Rauchgefäße; die Gäste, die Tische, die Weine selbst voll köstlicher Essenzen. In den Brunnengemächern eines Nero und Dicho mußten ganze Brunnen voll wohlriechenden Wassers springen. Ja, es gab sogar Windbeutel in Rom, die ihre Gäste fast nur mit Wohlgerüchen bewirtheten — was Martial „eine pikante Art zu verhungern“ nennt. Der Dichter hat fürwahr Recht:

„Res salsa est bene olere et esurire.“

Zu Deutsch:

Ich schenk' Euch Eure Wohlgerüche,
Herrschet Meister Schmalhans in der Küche!

Locales.

(Die Controls-Versammlung) für den Stadtbezirk Laibach wird heute stattfinden, und es sind hiezu die dauernd beurlaubten und Reserve-Mannschaften einberufen.

(Aus dem Vereinsleben.) Nach Bericht der Obmänner und Rechnungsführer des Arbeiter-Bildungs- und Kranken-Vereines sind anlässlich des Gründungsfestes Ueberzahlungen im Gesamtbetrage von 46 fl. 60 kr. geleistet worden.

(Der bekannte Sprachlehrer Kitzel) ist vorgestern gestorben. Seine Frau und zwei Kinder befinden sich im Hause Nr. 312 in den dürftigsten Verhältnissen.

(Tödtliche Verletzung.) Der Urlauber Jakob Zure aus Mauniz, Bezirk Poitsch, hat am 21. d. gelegentlich eines Wirthshausereffes mit einem Taschenmesser dem Keuslersohn Mathias Bajt den Bauch aufgeschlitzt und dem Vater des letzteren, Johann Bajt, mehrere bedeutende Stichwunden an der linken Hand beigebracht. Jakob Zure befindet sich bereits in strafgerichtlicher Untersuchung.

(Aus dem Amtsblatt.) Kundmachung des fürstbischöflichen Ordinariates wegen Vertheilung der Elisabeth v. Salvay'schen Armenstiftungsinteressen für das zweite halbe Jahr 1871.

(Polizeibericht.) Am 23. d. Abends 8 Uhr gerieth Johann Masic, Lehrling beim Schmiedmeister Vorman, als er mit seinem Kameraden Anton Brajzel ein Steierwagerl zu rasch aus der Bahnhofsgasse in die Hauptstraße der St. Petersvorstadt führte, unter den mit zwei Pferden bespannten Wagen des Hausbesizers Anton Petroucic, der nach der Hauptstraße fuhr, und erlitt hiedurch mehrere schwere Verletzungen. Bei diesem Vorfall wurde auch eines der Pferde Petroucic's durch das Steierwagerl derart beschädigt, daß es in das Thierhospital abgegeben werden mußte. Am Morast fiel ein Tagelöhner beim Dachdecken so unglücklich von der Leiter herab, daß er eine schwere Beschädigung erlitt und in das Spital geschafft werden mußte. Am 22. d. Vormittags fand in der St. Petersvorstadt zwischen drei Bauerburschen ein Straßenraufgeß statt, bei welchem zwei derselben verwundet wurden. Die Untersuchung ist im Zuge.

(Theater.) Offenbach's „Schöne Helena“ füllte gestern das Haus in all' seinen Räumen. Von dem Libretto und der Handlung wird wohl kein Besucher dieser von trivialen Spässen strotzenden komischen Oper absonderlich erbaunt sein; aber die Musik ist lieblich, anmuthig, und dem griechischen Zeitalter, da während des Gesanges auch getanzt ward, in parodistischer Weise entsprechend. Der Beifall des Publicums war ein spärlicher, obgleich Frau Paulmann (Helena), Herr Lös (Paris), Herr Schlegelinger (Kathos) und Herr Schulz (Menelaus) sich alle Mühe gaben, ihre Partien zur Geltung zu bringen. Die Unterstützung von Seite der übrigen königlichen Hünpter und Prinzen war eine minder effectvolle, minder lebhaft, um einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Die Stimmung und Begleitung des Orchesters, namentlich in der Taubenpostscene und beim Beginne der zweiten Abtheilung, war eine unkorrekte. Die Operetten Offenbach's können nur dann auf lebhaften Beifall Anspruch machen, wenn das Zusammenspiel klappert, rasch von Statten geht, die Scenerie reich ausgestattet ist und die Musik mit französischer Feinheit, Reinheit und Nettigkeit vorgetragen wird. Jedoch müssen wir der Trägerin der Titelrolle, Frau Paulmann, für ihre mühevollen Leistung und ihre Toilette den verdienten Preis zuerkennen. Schließlich bemerken wir zur gestrigen Berichterstattung über die slovenische Bühnenvorstellung, daß beide Stücke nicht deutschen, sondern französischen Ursprunges sind.

(Die Weinlese) hat, wie dem „Tgl.“ aus Ratichah, 22. October, geschrieben wird, mit Schluß dieser Woche ihr Ende erreicht; insbesondere hat die Furcht vor einem Schneefalle dieselbe sehr beschleunigt. Sie fiel hin-

sichtlich ihrer Quantität so sehr unter der Mittelmäßigkeit aus, daß man sie in dieser Gegend sowohl als auch in den benachbarten Bezirken kaum mit 1/10 gegen die vorjährige annehmen kann. Die Qualität wird der vorjährigen zwar nicht nachstehen, aber wegen der geringen Menge stehen die Weinmostpreise bereits sehr hoch, indem die Kleinweingartbesitzer kaum ihren eigenen Bedarf decken werden, und daher ein geringer Theil zum Verkauf gelangen wird.

Eingekendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Die delicate Heilmahrung Revalesciere du Barry beseitigt alle Krankheiten, die der Medicin widerstehen; nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Nieren-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutausfließen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin getrost: Certificat Nr. 68471.

Prunetto (bei Mondovi), den 26. October 1869. Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von der wunderbaren Revalesciere du Barry Gebrauch machte, das heißt seit zwei Jahren, fühle ich die Beschwerden meines Alters nicht mehr, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine Beine sind wieder schlank geworden; mein Gesicht ist so gut, daß ich keiner Brille bedarf; mein Magen ist stark, als wäre ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich verjüngt; ich predige, ich höre Beichte, ich besuche Kranke, ich mache ziemlich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar und mein Gedächtniß frisch. Ich ersuche Sie, diese Erklärung zu veröffentlichen, wo und wie Sie es wünschen. Ihr ganz ergebener

Abbe Peter Castelli, Bach.-es-Theol. und Pfarrer zu Prunetto, Kreis Mondovi. Nachhaber als Fleisch, erpart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien. Zu Viehbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Marburg J. Kollerting, in Klagenfurt P. Vranbacher, in Graz Gebrüder Oberranzmayr, in Innsbruck Dieckl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Löröl, in Prag J. Fürst, in Brunn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“) Wien, 25. October. Das „Oesterreichische Journal“ meldet: Wenn gleich die formelle kaiserliche Entscheidung noch nicht erfolgte, so ist denn doch kaum zu bezweifeln, daß die Ausgleichspolitik als aufgegeben betrachtet werden muß. Das vom Reichsminister und Andrássy redigirte Antwortrescript auf die böhmische Landtagsadresse wird sowohl vom Ministerium Hohenwart, wie von den anwesenden Czekenführern für unannehmbar erklärt. Von den Czekenführern ist eine motivirte Erwiderung zu erwarten, welche die Nichtbeschickung des Reichsrathes seitens des böhmischen Landtages in Aussicht stellt. Das „Oesterreichische Journal“ stellt die Demission des Ministeriums Hohenwart für diese Eventualität in Aussicht.

Die gestrige „Tages-Presse“ bringt in einem längeren Artikel die wichtige Nachricht, der Kaiser habe zu Gunsten des Gesamtreiches und der Verfassung entschieden.

Graz, 24. October. Der hiesige katholisch-conservative Verein begrüßte die Prager Fundamentalarikel mit voller Zustimmung und hofft von dem Ausgleich auf dieser Basis die Wiederherstellung der Rechte der Kirche, insbesondere in Bezug auf Schule und Ehe.

Darmstadt, 24. October. 5 1/2 Abends. Im Hoftheater ist ein Brand ausgebrochen; das ganze Gebäude steht bei starkem Ostwinde in Flammen. — 6 3/4 Uhr Abends. Die Garnison hat das Zeughaus binnen einer Stunde ausgeräumt, die Gefahr für dasselbe scheint beseitigt zu sein. Das Theater ist nahezu ausgebrannt.

Belgrad, 24. October. Fürst Milan langte in Livadia an, wo er allsogleich vom Kaiser Alexander und der ganzen kaiserlichen Familie auf das Herzlichste empfangen wurde.

Rom, 24. October. Die „Opinione“ erklärt einem jüngst von österreichischen Blättern veröffentlichten Pariser Telegramme gegenüber, daß der Finanzminister an die Emission eines Anlehens nicht denke.

Telegraphischer Wechselkurs vom 25. October.

5perc. Metalliques 57.65. — 5perc. Metalliques mit Watz und November-Zinsen 57.65. — 5perc. National-Anlehen 67.80. — 1860er Staats-Anlehen 99.20. — Bank-Actien 771. — Credit-Actien 293.60. — London 118.15. — Silber 117.75. — R. t. Münz-Ducaten 5.69. — Napoleons'or 9.41.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 25. October. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 9 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 35 Ctr., Stroh 19 Ctr.), 27 Wagen und 2 Schiffe (10 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price (fl. tr.), Item, Price (fl. tr.). Includes items like Weizen pr. Megen, Korn-Saat, Gerste, Hafer, Halbfrucht, Weiden, Hirse, Runkeln, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Kirschen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, etc.

Angekommene Fremde.

Am 24. October.

Elefant. Gorisdey, Priester, Zaborje. — Mannicher, Wien. — Schwibhofen, Karstadt. — Gregoric, Terstenil — Cepela, Wien. — Zambelli, Triest. — Potocinig, Kropp. — Mad, I. I. Lieutenant, Triest. — Barthelme Franziska und Caroline, Gottschee. Stadt Wien. Jint, Kaufm., Graz. — Sertic und Ernst, Kaufleute, Wien. — Braune, Apotheker, Gottschee. — Prohaska, Secretär, Graz. — Ritter v. Scarpa, General-Consul, Triest. — Jechner, Holzhändler, Mann. Baierischer Hof. Weisfopf, Agent, Ofen. Mohren. Abrahamsberg, Kaufm., Triest. — Bostkovic, Reisender, Pest.

Theater.

Heute: Flotte Burche. Komische Operette in 1 Aufzug von J. Braun. Musik vom Kapellmeister Franz von Suppe. Vorher: Mirandolina. Lustspiel in 3 Acten von Bium.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Date, Time, Observation, Barometer, Temperature, Wind, etc. for October 25th.

Tagüber geschlossene Wolkendecke. Nachmittags windig. Das Tagesmittel der Wärme +4.2°, um 5-20° unter dem Normalen. Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer.

Wien, 24. October. Weniger belebt als gestern und nur für einzelne Werthe aus speciellen Gründen besonders launhaft, zeigte die heutige Börse gleichwohl auf allen Verkehrsgebieten eine entschieden feste Haltung. Nicht bloß dort, wo bei der Spärlichkeit des Umsatzes die Notirung eine mehr nominelle, sondern auch bei jenen Effecten, in welchen überhaupt ein schwungvoller Handel gewöhnlich ist, behaupteten sich die Notirungen von gestern Mittag unter relativ geringen Schwankungen und wo Coursdifferenzen sich einstellten, erst folgten sie zumeist im günstigsten Sinne. Devisen und Comptanten waren billiger erhältlich.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Aktien von Bankinstituten, C. Aktien von Transportunternehmungen, D. Wechsel (3 Mon.), E. Prioritätsobligationen. Includes various bank and government securities.